

Dienstag (Vormittag), 3. September 2019 / Mardi matin, 3 septembre 2019

Volkswirtschaftsdirektion / Direction de l'économie publique

**20 2018.RRGR.716 Motion 260-2018 SP-JUSO-PSA (Bauer, Wabern)
Elternzeit jetzt! Für eine politische Entwicklung im Kanton Bern**

**20 2018.RRGR.716 Motion 260-2018 PS-JS-PSA (Bauer, Wabern)
Le congé parental, maintenant ! Pour une évolution politique dans le canton de Berne**

Der Vizepräsident, Stefan Costa, übernimmt den Vorsitz. / Le vice-président Stefan Costa prend la direction des délibérations.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Traktandum 20, eine Motion der SP-JUSO-PSA-Fraktion: «Elternzeit jetzt! Für eine politische Entwicklung im Kanton Bern». Frau Grossrätin Bauer hat das Wort.

Tanja Bauer, Wabern (SP). «Ich dachte, ich wisse, wie es sei, aber ich hatte keine Ahnung.» Dies sagte letzthin ein junger Vater zu mir. Er hatte sein Baby im Arm und sagte: «Wenn wir mehr darüber reden würden, wie es ist, Eltern zu werden, und wie viel Arbeit dies bedeutet, dann wäre sicher niemand gegen eine Elternzeit.» Eltern sein ist Arbeit. Es ist wichtige und wertvolle Arbeit für unsere Gesellschaft. Es ist aber auch Arbeit, die heute oft im Verborgenen geschieht, denn sie geschieht ja zu Hause. Und um sie zu leisten, reduzieren insbesondere Mütter ihr Arbeitspensum. Es ist also so, dass die Mütter nicht nur den Hauptanteil dieser Arbeit leisten, sondern dass sie damit auch noch zahlen, und zwar mit Lohneinbussen, Einbussen bei den Sozialversicherungen und auch mit tieferen Renten. Deshalb ist es klar, dass die unbezahlte Arbeit besser aufgeteilt und auch finanziell besser abgegolten werden muss.

Leider ist dies in der Schweiz nicht der Fall; dies wissen wir alle und wir haben es in den letzten Tagen hier auch schon gehört. Denn obwohl diese Arbeit für unsere Gesellschaft überlebensnotwendig ist, erhält sie von der Politik nicht immer die Aufmerksamkeit, die sie eigentlich verdient hätte. Das sehen Sie beispielsweise daran, dass es aktuell in der Schweiz nur 14 Wochen Mutterschaftsversicherung gibt. Es gibt keine Vaterschaftsversicherung und keine Elternzeit. Deshalb ist es besonders erfreulich, dass der Regierungsrat unserer Forderung nach einer modernen Familienpolitik und der Einführung einer Elternzeit zustimmt – insofern, dass er dem positiv gegenübersteht und dass er es eigentlich wichtig findet. Es hat uns wirklich gefreut, dass das Anliegen diese Aufmerksamkeit erhält. Aber: Er fühlt sich nicht zuständig. Die Kompetenz für die Einführung einer bezahlten Elternzeit liege ausschliesslich beim Bund, schreibt er. Leider fällt die Antwort des Regierungsrates ein bisschen dürftig aus und trägt den aktuellen Entwicklungen und Bedürfnissen zu wenig Rechnung. Deshalb muss ich leider einen Teil meiner Redezeit hier mit technischen Details verbringen.

Die Eidgenössische Kommission für Familienfragen (EKFF), die auch der Regierungsrat zitiert, verweist im gleichen Bericht auf den Artikel 16h des Bundesgesetzes über den Erwerbssersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbssersatzgesetz, EOG), der den Kantonen bei der Mutterschaftsversicherung die Möglichkeit gibt, weitergehende Entschädigungen zu bezahlen. Für die EKFF wäre es vorstellbar, dass analog auch für eine Elternzeit oder eine Vaterschaftsversicherung auf nationaler Ebene eine solche Regelung eingeführt wird. Dies würde bedeuten: Sobald ein Vaterschaftsurlaub auf nationaler Ebene eingeführt ist, der analog zur Mutterschaftsversicherung ausgestaltet ist, könnten eben die Kantone weitergehende Entschädigungen vorsehen, und eine Elternzeit würde also möglich. Wie es der Zufall will ... Nein, es ist natürlich kein Zufall; deshalb haben wir ja diese Motion eingereicht: weil es aktuell auf nationaler Ebene um einen Vaterschaftsurlaub geht. Dieser müsste also so eingeführt werden, dass die Kantone weitergehende Regelungen treffen und eine Elternzeit einführen könnten. Deshalb kommt diese Motion auch zum richtigen Zeitpunkt.

Jetzt sind wir aber schon ziemlich im operativen Bereich angelangt, und dies ist meiner Meinung nach die Aufgabe der Regierung und wäre auch die Idee dieses Vorstosses gewesen: dass sie konkrete Lösungsansätze aufzeigen. Oder anders gesagt: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Als politisches Gremium sollten wir uns überlegen: Ist es sinnvoll? Nützt es der Bevölkerung? Bringt es mehr Lebensqualität? Bringt es uns allgemein als Kanton weiter? Bringt es eine positive Dynamik? Profitieren Wirtschaft und Volkswirtschaft? – Und die Antwort auf all diese Fragen ist schlicht Ja. Mit einer Elternzeit haben Mütter und Väter die Möglichkeit, mehr Zeit mit dem Kind zu verbringen und die Betreuungs- und Hausarbeit gleichberechtigt zu teilen. Die Väter können von Anfang an eine Rolle im Leben der Kinder spielen und können zu Hause mehr Verantwortung übernehmen. Umgekehrt können die Mütter Familie und Beruf besser vereinbaren und sind finanziell unabhängiger. Sehr viele Länder kennen solche Regelungen, und dort zeigt sich, dass Elternzeit eben auch eine positive Auswirkung auf die Wirtschaft und auf die Steuereinnahmen hat.

Wir wandeln unsere Motion in ein Postulat im Sinne eines Prüfauftrags, damit seriöse Abklärungen getroffen werden können, wie man so etwas in Zukunft auf kantonaler Ebene ausgestalten und wie man die nationalen Vorgaben dahingehend nutzen könnte. Als Flankenschutz werden wir eine überparteiliche Standesinitiative einreichen, die den Bund auffordert, die Zuständigkeiten entsprechend zu regeln, sofern sie dies im Rahmen dieser Vaterschaftsversicherung jetzt nicht sowieso tun. Denn: Wer will, findet einen Weg, und wer nicht will, findet Gründe.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. La parole va à la députée Roulet comme comotionnaire.

Sandra Roulet Romy, Malleray (PS). J'aimerais apporter un éclairage sur les avantages du congé parental pour l'économie. Le congé parental ne nuit pas à l'économie, mais il y contribue. Le congé parental n'est pas une période de vacances rémunérée, c'est un investissement. Actuellement, la moitié des pays de l'OCDE propose un congé maternité ou un congé parental d'au moins 43 semaines, la durée moyenne étant de 54 semaines. Si la Suisse veut tenir son rang sur la scène internationale, et compenser sa pénurie de personnel qualifié, elle doit investir dans une politique familiale moderne. Les femmes et les hommes veulent pouvoir répartir leurs responsabilités de manière égalitaire, tant en ce qui concerne l'activité professionnelle que les tâches familiales et domestiques. Une revue approfondie de la littérature remet en cause l'argument sur les coûts de l'ordre d'un milliard de francs qu'engendrerait l'instauration d'un congé parental de 38 semaines. Des arguments solides plaident au contraire, en faveur d'un tel congé, et invitent à l'instaurer dès que possible.

Mais pas seulement pour le bien-être familial : le congé parental favorise la reprise de l'emploi de la femme à un taux d'activité plus élevé. D'après une étude européenne, c'est lorsqu'elles bénéficient d'un congé rémunéré d'au moins 28 semaines que les femmes âgées de 25 à 34 ans présentent le taux d'emploi le plus élevé. Chaque pourcentage de plus dans l'activité professionnelle rapporte fiscalement. Un taux d'activité plus haut génère plus de recettes fiscales, et une augmentation de seulement un pour cent du taux d'emploi des femmes générerait suffisamment de recettes fiscales pour compenser un congé parental intégralement rémunéré d'une durée de 18 à 20 semaines.

J'aimerais faire une comparaison : on veut réduire les impôts pour les grandes entreprises afin de les attirer dans notre canton, pour être plus attractifs, eh bien, nous aimerions investir dans une politique qui favorise la famille, pour que le canton de Berne soit aussi attractif pour les familles. Le temps partiel également et la perte de revenu font qu'à un âge avancé, les femmes n'ont souvent que des revenus modestes qui doivent être compensés par des prestations complémentaires. Cette situation qui constitue une charge financière pour la société s'avère aussi problématique au regard du principe d'égalité entre femmes et hommes inscrit dans la constitution.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Als Nächstes für die Fraktion der Grünen: Grossrätin Graf.

Madeleine Graf-Rudolf, Belp (Grüne). Elternzeit jetzt! Der Regierungsrat wird beauftragt, auf kantonaler Ebene die Elternzeit einzuführen. Die Schweiz und der Kanton Bern hinken hintendrein. Uns ist bewusst, dass dieses Thema auf Bundesebene beschlossen werden muss. Der Regierungsrat weist auf die voraussichtliche Volksabstimmung von 2021 hin. Das kann aber noch lange dauern, geschweige, bis es dann nachher zur Umsetzung kommt. Nichtsdestotrotz: Weshalb kann der Kanton Bern nicht eine Vorreiterrolle übernehmen? – Wenn wir über die Landesgrenzen hinausschauen, Deutschland, Österreich, Frankreich, alle Länder im Norden: In der Hälfte der 30 OECD-Länder

wird eine Mutterschafts- oder eine Elternzeit von mindestens 43 Wochen gewährt. Die Stadt St. Gallen hat 2018 einen Vaterschaftsurlaub für jeden städtischen Angestellten eingeführt: Jeder Vater erhält 20 Tage Urlaub. Weshalb nicht auch im Kanton Bern? – Die Elternzeit ist eine Investition in die Familie, zum besseren Schutz für die Familie. Kinderschutz Schweiz ist überzeugt, dass die Schweiz mehr kann, und ich bin auch überzeugt, dass auch der Kanton Bern mehr kann.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Die Elternzeit ist für die EVP eine sehr wichtige Forderung. Und zwar geht es nicht darum, dass die Eltern bei der Geburt eines Kindes im Stress sind, was ja vielleicht auch sein kann. Aber dann könnten auch die Eltern von pubertierenden Kindern wieder eine Elternzeit verlangen, denn sie sind ja dann unter Umständen mindestens so stark im Stress, wie sie es damals waren, als das Kind zur Welt kam.

Bei der Geburt geht es darum, dass sich die Familie neu zusammenfinden kann. Ein neues Familienmitglied taucht auf, alle Familienmitglieder müssen sich neu orientieren, neu zurechtfinden. Dies gilt für die Eltern – nicht nur als Eltern, sondern auch als Paar –, dies gilt für die Geschwister, vielleicht auch für Grosseltern oder für andere Personen im Umfeld dieser Familie. Dies braucht Zeit, dies braucht Entlastung. Vor allem ist wichtig, dass nicht einfach klar ist, dass die Mutter diese Elternzeit in Anspruch nehmen muss. Jede Familie ist anders, auch die Situation dieser Familien ist unterschiedlich. Es ist daher wichtig, dass man diese Elternzeit auch so aufteilen kann, wie es der betroffenen Familie entgegenkommt und wie es ihr dient. Die EVP ist überzeugt, dass die Elternzeit eine lohnende Investition für eine positive Familienentwicklung ist und dass sie auch noch in zehn oder zwanzig Jahren Auswirkungen hat – eben im Sinn einer nachhaltigen Generationenpolitik. Es mag sein, dass sie auch positive Auswirkungen auf die Wirtschaft hat, aber für uns steht die Familie im Vordergrund.

Wir haben diesen Vorstoss kontrovers diskutiert, nicht wegen des Themas an sich, sondern natürlich wegen der Antwort auf den Vorstoss, dass eben nur der Bund dafür zuständig sei. Jetzt haben wir von den Motionärinnen andere Informationen erhalten und sind sehr dankbar dafür. Von diesen Informationen erhoffe ich mir natürlich, dass wir dem Vorstoss grossmehrheitlich zustimmen können.

Jan Gnägi, Jens (BDP). Elternzeit oder auch Vaterschaftsurlaub sind Themen, die sich in der Schweiz bis jetzt tatsächlich wenig entwickelt haben. Wenn man den Vergleich mit anderen europäischen Ländern, namentlich auch gerade mit den Nachbarländern, wagt, kann man dies feststellen und muss es als Fakt anerkennen. Gleichzeitig haben wir auch hier in der Schweiz gesellschaftliche Veränderungen, was die Organisation der Familien anbelangt. Das traditionelle Modell – die Mutter bleibt zu 100 Prozent zu Hause, der Vater geht zu 100 Prozent arbeiten – gerät gesellschaftlich zunehmend unter Druck. Der Umstand, dass Väter nach der Geburt der Kinder keinen oder nur wenig Urlaub erhalten, wird kritisiert, und es sind gerade auch auf Bundesebene Bestrebungen im Gange, dies zu ändern. Auch in der Bevölkerung spürt man, dass in diesem Bereich ein Thema vorhanden ist. Gerade bei Leuten aus meiner Generation – also jene jungen Frauen und Männer, die jetzt langsam Eltern werden oder es eventuell schon geworden sind – diskutiert man dies, und der Wunsch, dass sich auch in der Schweiz etwas entwickelt, ist spürbar. Wenn ich mir vorstelle, wie das jetzt wäre, wenn ich so eine kleine Familie organisieren müsste, dann muss ich tatsächlich zugeben, dass das Modell Elternzeit, zum Beispiel nach dem Vorbild Deutschlands, tatsächlich attraktiv wäre: Es gäbe jeder Familie die Möglichkeit, eine gewisse Anzahl Wochen Elternzeit unter sich aufzuteilen, um die beruflichen und privaten Situationen optimal berücksichtigen zu können und vor allem auch jene Lösung zu treffen, die für sie stimmt, und nicht die, welche die Gesellschaft vorschreibt. Und hier soll die Klammer offen sein: Auch das traditionelle Modell darf natürlich gelebt werden.

Idealerweise sollte man also das ganze Thema Elternschaftsurlaub neu aufgerollt anschauen, neu definieren, und dabei vielleicht sogar den Mut haben, zu sagen: Wie weit sind die fixen 14 Wochen, die rein der Mutter zustehen, nötig? Wäre es eben nicht besser, dass man dies einfach weitgehend den Familien überlässt? – Ich bin also überzeugt, dass die Schweiz das Thema Kinder-, Eltern-, Vaterschafts- oder Mutterschaftsurlaub in Zukunft anschauen muss, und zwar weitergehend, als es jetzt in der Diskussion zur Volksinitiative in den eidgenössischen Räten gemacht wird. Wie heute in der Berner Zeitung steht, sind bereits neue Initiativen, die in die Richtung gehen, die ich gesagt habe, eingereicht.

Trotz dieser progressiven Positionierung zu diesem Thema kommt die BDP aber zum Schluss, dass die hier vorliegende Motion abzulehnen ist. Für uns ist klar, dass jede Lösung, sei sie noch so visionär, zwingend durch den Bund erlassen werden muss. Der Regierungsrat macht in seiner Antwort

auch deutlich, dass rechtlich gar keine andere Lösung möglich ist und dass diese Kompetenz ausschliesslich beim Bund liegt. Die BDP schliesst sich dieser Haltung an. Es kann und soll nicht sein, dass es hier zu 26 kantonalen Lösungen kommt, sondern es sollte idealerweise zu einer einheitlichen und vertretbaren Lösung auf nationaler Ebene kommen. Ich kann Sie aber trösten: Sollte ich Nationalrat werden, bin ich bereit, daran mitzuarbeiten. (*Heiterkeit / Hilarité*)

Daniel Arn, Muri b. Bern (FDP). Leider können wir von der FDP dieser Motion nichts abgewinnen, und zwar nicht aufgrund des Themas – ich zum Beispiel bin vierfacher Familienvater –, sondern es ist wieder einmal ein Thema, das uns nicht betrifft: Die Einführung dieses Vaterschafts- und Elternurlaubs für privatrechtliche Arbeitsverhältnisse liegt ganz klar beim Bund. Vielleicht sollten wir uns hier in diesem Saal auch wieder einmal ein bisschen in Erinnerung rufen, dass wir uns eigentlich mit Themen beschäftigen sollten, die wir wirklich auch beeinflussen können, und dass wir hier am Schluss nicht Dinge diskutieren, die wir zurückziehen oder ablehnen müssen, weil wir feststellen, dass sie nicht in unserer Kompetenz liegen.

Luca Alberucci, Ostermundigen (glp). Ich kann mich genau erinnern: Vor 13 Jahren wurde ich Vater. Ich durfte bei meinem Arbeitgeber Ferienanträge stellen; es waren drei: Vaterschaft, Umzug und Heirat. Vaterschaft: 1 Tag, Umzug: 1 Tag, Heirat: 2 Tage. Absolute Steinzeit. Und jetzt sind 13 Jahre vergangen, so alt bin ich ja noch nicht: Wir sind immer noch in der Steinzeit, ganz klar. Der Zustand, den wir haben, dass für eine Vaterschaft, Mutterschaft, Elternschaft der männliche Teil der Elternschaft gesetzlich nur einen Tag erhält, ist nicht tragbar. Es ist ganz klar ein Kernanliegen der glp, dass man diesen Elternschaftsurlaub unterstützt, und es ist ganz klar, dass die glp dies auf nationaler Stufe mitunterstützt. Wir haben gestern in den Zeitungen gesehen, dass von Initiativen gesprochen wird, bei denen man sicher auch dabei wäre. Wir hatten gerade in der jetzigen Session einen Antrag unserer Bundeshausfraktion im Zusammenhang mit der Diskussion zum Vaterschaftsurlaub, der dahingehend lautet, dass man dies eben ausbaut und einen Elternschaftsurlaub einführt.

Gestern sprachen wir ja über die Gleichstellung von Frau und Mann, und der Elternschaftsurlaub ist aus unserer Sicht eine ganz, ganz wesentliche Komponente. Denn neben der Familienfrage ist auch gerade die Gleichstellungsfrage aus unserer Sicht ganz klar etwas, das man in der Gesellschaftspolitik adressieren muss. Die Phase, in der ein Kind auf die Welt kommt, die Phase, in der in vielen Familien quasi die Weichen gestellt werden, wer jetzt wirklich vor allem zu Hause bleibt und wer eben nicht, wer ausser Haus arbeiten geht: Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dieser Phase müssen sich ändern. Noch einmal: In diesem Sinn ist der Elternschaftsurlaub sicher ein sehr gutes Mittel. Es wäre auch eine zentrale Komponente, wie ich vorhin angetönt habe, damit die Frauen im Erwerbsleben bleiben, und es wäre auch eine zentrale Komponente für den Kampf gegen den Fachkräftemangel, den wir hier in der Schweiz zunehmend haben.

Wie ich gesagt habe: Wir unterstützen dieses Anliegen. Wir würden selbstverständlich auch eine Standesinitiative unterstützen. Die Motion, wie sie bis vor Kurzem vorlag, hätten wir nicht unterstützt, und zwar, weil wir der Meinung sind, auch im Sinne der Ratseffizienz: Eine Motion in diesem Sinn gehört wirklich nicht hierhin; es ist Bundesgesetz. Wir können hier zwar unsere Statements zu sehr wichtigen Themen abgeben, aber es ist halt nicht unsere Stufe, und nicht jeder von uns wird Nationalrat werden. Als Postulat, zu dem es jetzt gewandelt wurde, haben wir es nicht diskutiert. Ich gehe davon aus, dass wir dies mehrheitlich unterstützen werden, und zwar im Sinne davon, ein Signal auszusenden, der Kanton beziehungsweise der Regierungsrat solle doch schauen, was er aus Kantonssicht machen kann, insbesondere auch das Einwirken auf die eidgenössischen Stellen und vielleicht in einer Art und Weise auch das Beeinflussen der jetzt laufenden Debatte hinsichtlich einer Einführung des Elternschaftsurlaubs.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Als Nächstes für die Fraktion SP-JUSO-PSA: Grossrätin Marti.

Ursula Marti, Bern (SP). Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Die Regierung schreibt, dass sie einer Elternzeit positiv gegenübersteht. Sie lehnt aber den Vorstoss mit dem Hinweis ab, dass die Elternzeit auf Bundesebene eingeführt werden müsse. Sicher wäre dies der einfachste und der beste Weg, nur ist dies auf Bundesebene bisher gescheitert. Es ist also folgerichtig, dass man jetzt auf kantonaler Ebene im Rahmen der Möglichkeiten, die durchaus bestehen, handeln muss. Zum Beispiel, indem man eine Elternzeit für die Kantonsangestellten einführt, auch als Signalwirkung und Vorbild für die privaten Arbeitgeber, oder indem man diesem Anliegen über eine Versicherungs-

lösung gerecht werden kann; die Motionärin hat dies ausgeführt. Noch einmal: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Warum ist die Elternzeit so wichtig? – Ich möchte noch zusätzliche Argumente zu den bereits genannten ausführen. Care-Arbeit und Lohneinbussen: Ohne Elternzeit bleibt die Betreuungsaufgabe hauptsächlich bei der Mutter. Dies führt unter anderem dazu, dass die Frauen den Hauptteil der unbezahlten Arbeit leisten, sprich: Sie arbeiten nicht weniger als die Männer, aber sie verdienen nichts dabei. Das heisst, die Frauen zahlen dafür, dass man die Kinderbetreuung nur ihnen zuschreibt, mit Lohneinbussen, Einbussen bei den Sozialversicherungen und mit tieferen Renten. Die Schweiz gehört zu jenen fünf Ländern in Europa mit dem grössten Einkommensgefälle zwischen Männern und Frauen. Der Grund ist auch hier hauptsächlich, dass die Frauen viel mehr Betreuungsarbeit übernehmen als die Männer. Mit einer Elternzeit würde sich dies verbessern. Und noch einmal eine Zahl: Von den 30 OECD-Staaten steht die Schweiz bezüglich Umfang und Ausgestaltung der Elternzeit an drittletzter Stelle; und dies die reiche Schweiz. Nur einzelne Staaten in den USA und in Mexiko haben ein schlechteres Angebot, eine schlechtere Lösung als die Schweiz. Also: Worauf warten wir noch? – Stimmen wir diesem Vorstoss zu. Der Kanton hat Mittel und Möglichkeiten, und diese soll er vollumfänglich für eine Lösung für Mutter- und Vaterschaftsurlaub, also eben für einen gemeinsamen Elternurlaub, einsetzen.

Sandra Schneider, Biel/Bienne (SVP). Ich mache es kurz und schmerzlos: Die SVP-Fraktion lehnt den vorliegenden Vorstoss einstimmig ab. Auf nationaler Ebene, wir haben es jetzt ein paar Mal gehört, wird aktuell von einem Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen gesprochen. Der vorliegende Vorstoss schießt aber über das Ziel hinaus: Sie sprechen von 24 zusätzlichen Wochen bezahlter Elternzeit. Was ich bis jetzt aber noch nicht gehört habe: Wie soll dies denn finanziert werden, und vor allem, von wem? – Gerade für ein KMU würde dies sehr schwierig werden. Ein Kind zu kriegen ist nach wie vor ein privater Entscheid, und es gibt immer die Möglichkeit, mit dem Arbeitgeber einen bilateralen Weg zu finden, um genug Zeit mit dem Bébé verbringen zu können. Wir sind deshalb auch nicht der Meinung, dass eine Elternzeit staatlich geregelt werden sollte, abgesehen davon, dass der Vorstoss nicht in kantonaler Kompetenz ist. Wie gesagt: Wir lehnen den Vorstoss deshalb einstimmig ab.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Wir sind mit den Fraktionen durch und kommen zu den Einzelsprecherinnen, als erste Grossrätin Riesen.

Maurane Riesen, Bern (PSA). Beaucoup d'entre vous se sont exprimés en faveur d'un congé parental. Je vous demande d'assumer cette position et de ne pas vous cacher derrière des processus administratifs. Vous dites tous que la compétence est nationale. C'est vrai que c'est le cadre national qui empêche actuellement de mettre en place un congé parental, et cela c'est un vrai problème de notre fédéralisme. Mais cela sera changé, vous savez tous qu'il y a actuellement en discussion un congé paternité de deux ou quatre semaines qui est discuté, et qu'il y aura bientôt un vote. Donc, vous savez que cela va arriver et dès le moment, ou cela sera mis en place, les cantons auront la possibilité d'adapter le congé parental par rapport à cette ouverture. Les cantons ont la compétence d'adapter aussi le congé maternité. Le cadre fédéral fixe un minimum, ensuite, les cantons peuvent aller de l'avant. Donc, ceux qui disent que c'est au niveau national que cela se règle : au niveau national, on parle d'un congé paternité, et au niveau cantonal, on pourra mettre en place un congé parental. C'est pour cela que d'étudier par la voie d'un postulat un congé parental est ce qu'il nous faut actuellement, parce qu'on ne peut pas être à la traîne à ce sujet, comme on l'a trop souvent été. Il s'agit de préserver la santé physique et mentale des jeunes familles. Immédiatement après la naissance, les mères sont soumises à des stressés physiques et psychiques énormes. Le congé parental a prouvé avoir un effet bénéfique sur la santé des mères, les préservant d'états dépressifs et améliorent leur satisfaction.

Au Danemark, une étude suite à l'augmentation du congé parental de 24 à 48 semaines a montré que les enfants nés après la réforme ont subi moins d'hospitalisations au cours des cinq années qui ont suivi l'accouchement. Un effet positif sur la santé a aussi pu être démontré, surtout lorsqu'il s'agit de familles à faible revenu. S'il y avait un médicament qui pouvait apporter tous les effets positifs qu'apporte le congé parental, je suis persuadée que tout le monde s'empresserait de l'acheter, et même les institutions publiques négocieraient des contrats avec la pharma qui le produirait. La question est : êtes-vous prêts à offrir aux citoyens bernois cette avancée ? Nous proposons un modèle qui est celui de la Commission fédérale de coordination pour les questions familiales, pour qu'il

y ait 14 semaines pour la mère, 8 pour le père et 16 qui peuvent être partagées entre les deux. Un postulat permettrait d'étudier les modalités de mise en œuvre pour qu'une fois que le niveau cantonal aura les compétences de décision, nous pourrions enfin décider et aller de l'avant. Je vous propose de soutenir le postulat.

Sarah Gabi Schönenberger, Schwarzenburg (SP). Ich muss gleichwohl noch kurz etwas sagen. Ich habe mich schon ganz oft mit dem Thema bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf befasst. Es ist ein Thema, das mir am Herzen liegt und das wichtig ist. Diese Vereinbarkeit, gibt es sie auch «in einfach»? – Nein, eben nicht. Sie läuft des Öftern auf eine Vereinbarkeitslüge hinaus. Eine anständige Elternzeit wäre ein pragmatischer Ansatz, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf konkret verbessern zu können, und sie würde zu mehr Gleichstellung bei der Betreuungsarbeitsaufteilung und bei der weiteren unbezahlten Familienarbeit führen. Elternzeit würde auch einen wichtigen Beitrag zur Initiierung einer faireren Rollenaufteilung ermöglichen, statt weiterhin die Zementierung der Rollenaufteilung wie bisher in der Schweiz, wie wir in den Statistiken sehen. Sie hätte auch einen direkten Einfluss auf die Erwerbstätigkeit der Mütter und somit auch einen Einfluss auf zusätzliche Steuereinnahmen. Wir wissen ganz genau, dass das Armutrisiko grösstenteils bei den Frauen liegt. Wir kennen die Scheidungsrate. Die Familienrollenaufteilung hat einen erheblichen Einfluss auf das Ganze. Wir wissen auch, dass die Altersarmut heute immer noch vor allem weiblich ist. Dies gilt es zu verhindern. Die Elternzeit ist ein Anfang dazu.

Sabina Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden (SVP). Ich wollte eigentlich nichts sagen, aber mir ist aufgefallen, dass gar niemand das Kind in den Mittelpunkt gestellt hat. Das stört mich extrem. Das Kind möchte sicher gerne, dass es einen Elternurlaub gibt, dass Vater und Mutter die Betreuung und Begleitung zusammen aufnehmen und sich zusammen engagieren. Aber das Baby, das am Anfang trinkt und schläft: Da frage ich mich, ob der Vater dort daneben sein muss. Später hingegen, wenn das Kind laufen lernt, reden lernt, dann wäre es wichtig. Darum sollte es mehr Teilzeitstellen geben. Das am Anfang, also das, was Sie verlangen, ist eigentlich gar nicht sinnvoll. Was mir auch auffällt, ist, dass die gleichen Leute, die sich jetzt für Eltern- und Vaterschaftsurlaub einsetzen, nachher die Kinder zum Teil schon vor der Geburt in den Krippen anmelden. Ich habe auch erlebt, dass viele Mütter, welche die älteren Kinder in der Krippe haben, die Kinder weiterhin in die Krippe geben, wenn sie Mutterschaftsurlaub haben, und staatlich finanzierte, beziehungsweise von uns allen steuergeldfinanzierte Plätze belegen, anstatt dass sie die Familie zusammenschmelzen lassen, mit dem Baby und mit den Kindern. Dort müsste man mal ansetzen, sodass sich die ganze Familie gemeinsam engagiert, ohne staatliche Hilfe, und alle das tun können, was für ihre Familie gut ist, und vor allem, damit wir endlich mal die Bedürfnisse des Kindes in den Mittelpunkt stellen und nicht immer nur jene der Eltern, des Mehr-Verdienens, des Aufstiegens und der Karriere.

Barbara Mühlheim, Bern (glp). Sie werden von mir nichts darüber hören, ob die Elternzeit positiv oder negativ ist. Darum geht es nicht. Wir haben uns hier in diesem Saal eine Spielregel gegeben, und diese heisst: Wir schauen, ob etwas konform ist mit der gesetzlichen Grundlage. Wir haben de facto keine Möglichkeit, in diesem Bereich zu legiferieren. Ein paar Kilometer weiter, dort drüben im anderen Haus, hätten wir sie, und dann könnten wir diese Scheindebatte weiterführen, mit allen Pros und Kontras. Aber hier haben wir sie nicht, und auch, wenn wir das Postulat überweisen, haben wir die gleiche Scheinproblematik. Man kann doch der Regierung nicht den Auftrag geben, etwas zu prüfen, das sie pro forma prüft, weil wir die gesetzliche Stufe nicht haben. Wir sind doch hier nicht gewählt – 160 Leute –, um Symbolpolitik zu machen, und wir sind hier nicht gewählt, um dem Regierungsrat einen Auftrag entweder für die Schublade zu geben oder dafür, die Verwaltung zu beschäftigen, Kolleginnen und Kollegen. Es geht hier nicht darum, ob uns dies passt oder nicht, sondern darum, dass wir die Spielregeln einhalten, und wir haben zu diesem Thema nichts zu sagen. Wir wissen, wie viel sinnvoll ist, aber wir haben wirklich nichts zu sagen. Ich bitte Sie darum, alle Nein-Stimmen auch so zu verstehen, dass all jene, die hier Nein sagen, sagen: «Nein, wir sind nicht da, um die Verwaltung weiterhin mit Vorstössen zu beschäftigen, die nur Symbolgehalt haben, aber fachlich nicht umgesetzt werden können.»

Tamara Funicello, Bern (SP). Geschätzte Genossinnen und Genossen ... und vor allem Kolleginnen und Kollegen, Entschuldigung. (*Heiterkeit / Hilarité*) Ich wollte Sie nicht zu mir zählen. So schnell geht es.

Ich wollte einfach darauf aufmerksam machen, dass zum Beispiel die Pensionskassen auch kantonal eingeführt wurden, da der Bund so ewig lange brauchte; dies war zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Damals diskutierte der Bund jahrelang, jahrzehntelang, ob man dies will oder nicht, und am Ende des Tages machten die Kantone vorwärts, da man wusste, dass dies etwas ist, das man braucht, und darum wollte man es jetzt einführen. Wenn man sich denn schon «progressiv» auf die Fahne schreibt, dann sollte man es auch sein. Wir sollten die Möglichkeiten ausnützen. Es ist nicht klar, ob es möglich ist oder nicht. Stellen wir uns also nicht einfach schon auf jene Seite, auf der wir sagen, dass es nicht möglich ist, sondern versuchen wir es doch einfach mal. Denn wir brauchen dies. Mit wenigen Ausnahmen haben sich alle hier in diesem Saal eigentlich dafür ausgesprochen, dass es notwendig ist. Lassen wir diesen Worten also auch Taten folgen. Und wenn wir halt dann an einem Punkt sind, an dem man sagt: «Okay, es ist nicht möglich», dann ist es halt nicht möglich. Aber vielleicht befinden wir uns in der Situation, in der wir uns vor hundert Jahren befanden und in der es eben dann doch möglich war. Und wir haben das Leben der Familien im Kanton Bern verbessert. Also versuchen wir es doch einfach.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Die Motionärin hat signalisiert, dass sie nach der Regierung sprechen möchte. Das Wort geht an den Herrn Regierungspräsidenten.

Christoph Ammann, Volkswirtschaftsdirektor. Es ist halt schon so, wie Grossrätin Mühlheim gesagt hat: Die Zuständigkeit ist klar. Wenn es um eine generelle Regelung geht, wenn es um privatrechtliche Arbeitsverhältnisse geht, dann ist der Bund zuständig, nicht der Kanton. Der Vorstoss ist auch nicht so formuliert, Grossrätin Marti – auf diese Idee könnte man ja noch kommen –, dass man dem Kanton Bern als Arbeitgeber eine Vorbildrolle zuschreiben und ihn in die Pflicht nehmen will, dass er über den obligatorischen Mutterschaftsurlaub hinaus zusätzlich noch eine Elternzeit gewährt. So, wie der Vorstoss formuliert ist, kann die Regierung zu keiner anderen Haltung kommen, als die Motion abzulehnen.

Jetzt ist es aber auch so, dass die Regierung die Bedeutung des Themas sehr wohl sieht und auch die Entwicklung, die auf Bundesebene geschieht, sehr wohl wahrnimmt. Es ist etwas in Bewegung gekommen. Dies beobachten wir. Wir sehen auch, dass es in Zukunft Abstimmungen geben wird. Wenn dieses Parlament zum Schluss kommen sollte, dass man den Vorstoss als Postulat überweisen möchte, dann würde ich dieses Signal so interpretieren, dass die Regierung eben nicht nur eine Entwicklung beobachtet, sondern sich so vorbereitet, dass sie, wenn sich der Spielraum auf Bundesebene ändert, zeitnah laufend überprüft, was dies auf kantonaler Ebene heisst und welchen kantonalen Spielraum es gäbe. Soweit die Stellungnahme zu diesem Vorstoss.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Das Wort hat noch einmal die Motionärin, Grossrätin Bauer.

Tanja Bauer, Wabern (SP). Vielen Dank für die angeregte Diskussion. Ich habe nicht Zeit, auf alles einzugehen, aber ich freue mich auf jeden Fall, dass die Regierung auch sieht, dass sich die Spielräume ändern, und ich hoffe, dass dies die eine oder andere Person hier in diesem Saal überzeugen kann, dem Postulat zuzustimmen. Für viele von Ihnen mag dies vielleicht eine spannende und neue Idee sein, aber ich muss Ihnen wirklich sagen: Es wird schon seit Jahrzehnten darüber diskutiert, und auf Bundesebene hat man bis jetzt wirklich einfach keinen Vorwärtsgang gefunden. Was wir in einigen Jahren vielleicht haben werden, sind zwei Wochen Vaterschaftsurlaub.

Am 14. Juni – wir haben es hier mehrfach gehört – ging eine halbe Million Frauen auf die Strasse. Ich kann Ihnen einfach sagen: Man kann es den Leuten nicht erklären, dass wir nicht mehr zustande bringen. Ihnen sind die technischen Fragen ein bisschen egal; sie wollen, dass wir Lösungen finden, und zwar, dass wir die Spielräume, die wir haben, ausnützen. Ich bitte Sie daher wirklich, diesem Postulat zuzustimmen – auch im Wissen, dass wir noch diese Standesinitiative einreichen – und so wirklich ein Signal auszusenden, dass wir für eine progressive Familienpolitik eintreten und nicht nur darüber reden, sondern dass wir auch etwas machen.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wer das Postulat «Elternzeit jetzt! Für eine politische Entwicklung im Kanton Bern» annehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2018.RRGR.716; als Postulat)
Vote (Geschäft 2018.RRGR.716 ; sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 61

Nein / Non 83

Enthalten / Abstentions 2

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Sie haben dieses Postulat abgelehnt, mit 83 Nein- zu 61 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Bevor wir weiterfahren, habe ich eine Mitteilung des Rathausdienstes: Es gibt anscheinend einige, die ein bisschen Probleme mit ihren Parkhauskarten haben. Diese Personen können sich jetzt bei Roland Schneeberger melden; er wird sich darum kümmern.

Die Ratsführung geht wieder zurück an den Präsidenten.